

Medienkonferenz vom 20. April 2011

## **Grüne und Grünliberal vereint für das Energiegesetz**

Franziska Schöni-Affolter, Co-Präsidentin glp Kanton Bern

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Hinter der Unterstützung des Volksvorschlags steht Konzeptlosigkeit**

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Stellen Sie sich vor, Sie müssten Ihre Artikel künftig ohne Vokale verfassen, denn diese hat Ihnen Ihr Verleger verboten, weil er so Druckerschwärze sparen kann. Verrückt, finden Sie? Aber genau dies geschieht, wenn es nach dem Willen der rechtsbürgerlichen Parteien geht. Sie streichen diese Vokale aus den Buchstaben des KEnG. Der Volksvorschlag ist ohne Vokale geschrieben, zahnlos. Damit ist nach Ansicht der Grünliberalen jetzt Schluss!

Mit dem revidierten kantonalen Energiegesetz haben wir alle Buchstaben beisammen, die uns energiepolitisch in eine bessere Zukunft führen. Das KEnG ist sozusagen der Wegweiser, den jeder sofort versteht: Eine Gesellschaft, die weniger Energie konsumiert und vor allem nachhaltig produzierte Energie nutzt, das ist das Ziel.

Jetzt ist der Moment, den richtigen Weg zu beschreiten! Die Grünliberalen haben eine klare Haltung, die ich uneingeschränkt teile. Drei Gründe zwingen uns zum Handeln:

1. Zwischen dem hohen Energieverbrauch und dem Treibhauseffekt besteht nachgewiesenermassen ein Zusammenhang. Der Klimawandel findet statt. Die Schuld daran trägt der Mensch. Wir müssen handeln, nicht erst, wenn die Kosten der Schäden höher sind als die Massnahmen zu deren Vermeidung.
2. Sämtliche konventionellen Energieträger werden langsam knapp.
3. Lucens, Tschernobyl, Fukushima, vielleicht dereinst Fessenheim oder Mühleberg zeigen uns: Die «domestizierte Atombombe» lässt sich wirtschaftlich und sicherheitstechnisch nicht bändigen. Der Wolf bleibt ein Wolf, auch wenn er ein Halsband trägt. Wir müssen deshalb unser Energieverhalten grundsätzlich überdenken – auch wäre es fatal, den Teufel «umweltfeindliche Atomenergie» mit dem Beelzebub «klimafeindliche Energieträger» auszutreiben.

### **Mit Förderbeiträgen das lokale Gewerbe stärken**

Um eine wirkliche und rasche Energiewende zu erreichen, müssen verschiedene Massnahmen rasch umgesetzt werden. Die zeitlich begrenzten Förderbeiträge auf Strom erlauben eine Finanzierung von Effizienzmassnahmen, die zu energetischen Verbesserungen am Gebäudepark führen. Dies führt direkt zu einer massiven Reduktion des CO<sup>2</sup>-Ausstosses – denn immerhin beträgt der Anteil ausgestossener Treibhausgase aller Gebäude rund einen Drittel des CO<sup>2</sup>-Gesamtausstosses pro Person und Jahr<sup>1</sup>. Zudem fliesst dieses Geld vollumfänglich in die Wirtschaft und dort vor allem in das lokale Gewerbe. Der obligatorische GEAK ist ein taugliches Hilfsmittel, mit dem der Hausbesitzer seine Anstrengungen hinsichtlich Sanierung optimieren kann.

Und – was tun die rechtsbürgerlichen Parteien? Sie streichen diese Vokale aus den Buchstaben des KEnG! Der Volksvorschlag will auf Förderbeiträge und den Gebäudeenergieausweis der Kantone, den GEAK verzichten.

Für die Grünliberalen und auch für mich ist dies ein politisches Buebetrickli. Wohlwollender gesagt zeigt dies, wie konzeptlos in Sachen Energiefragen dieselben Parteien in einer Zeit grosser Verunsicherung agieren. Ein Tohuwabohu herrscht wie im Ameisenbau nach einem Wassereinbruch. Wild versucht jeder unter dem Eindruck der unseligen, traurigen Ereignisse in Japan zu handeln, nachdem die meisten zuvor jahrelang die Problematik verdrängt, kleingeredet, vor sich hergeschoben oder gar völlig negiert haben. Und - das Resultat ist ein lauwarmes Bekenntnis zum zahnlosen Volksvorschlag, ein Gesetzesvorschlag nur mit Konsonanten geschrieben. Sie geben sich einen grünen Anstrich, weisen dem müden Wanderer den Weg zum Ziel, entreissen ihm aber Wanderschuh und Stöcke; über spitzen Stein müssen wir den energiepolitischen Weg in die Zukunft unter die blutigen Füsse nehmen.

Konzeptlosigkeit steht hinter der Unterstützung des Volksvorschlags aus zwei Gründen:

1. Grundsätzliche Energiediskussionen bleiben sowohl bei BDP, FDP und SVP aus, obwohl parteiintern teilweise sogar ein Rückkommen auf bereits gefasste Parolen verlangt wurde. Die FDP hat an ihrer letzten Delegiertenversammlung sogar erklärt, dass keine Notwendigkeit besteht, sofort über einen Ausstieg zu diskutieren. (Zitat Wasserfallen)

2. Dieselben Parteien haben in letzter Zeit eine Motionsflut im Grossrat gestartet, welche auf die Sanierung des Finanzhaushalts hinzielt. Ich erinnere an Vorstösse wie Einsparungen bei Personalgemeinkosten, oder generelle Kürzungen im Rahmen von 300 - 400 Mio. Franken. Man fordert die Regierung auf zu sparen. Um es klar zu sagen: Das wollen wir Grünliberalen auch. Wir verlangen aber nicht wie die Rechtsbürgerlichen, dass der Kanton mithilft, Gebäudesanierungen aus der allgemeinen Kantonskasse zu finanzieren. Denn für uns erschliesst sich das nicht. Ich frage Sie: Wo bleibt hier die Logik? Wo bleibt hier der wirkliche Sparwille? Kennen Sie die Antwort?

### **Eingreifen, wo Freiwilligkeit nicht ausreicht**

Das Hantieren der Rechtsbürgerlichen mit unserer Energiezukunft und unseren Finanzen gleicht zwei Salti rückwärts mit Schraube. Gute Stilnoten gibt es dafür nicht. Es ist absehbar, dass wir unter dem Strich zu wenige Gebäudesanierungen realisieren können, wenn wir Förderbeiträge für mehr Energieeffizienz aus der allgemeinen Kantonskasse finanzieren müssen. Der Staat wird es nämlich nicht richten und Förderbeiträge nicht sprechen können, wenn er in naher Zukunft vor allem zum Sparen gezwungen ist.

Wir brauchen also die Förderbeiträge, um die gesteckten Klimaziele von maximal 2 Grad Erwärmung<sup>2</sup> zu erreichen. Denn das nicht produzierte CO<sup>2</sup> ist allemal ein Gewinn für unser Klima. Hier lohnt sich jede Investition. Rennen wir nicht wie aufscheuchte Ameisen barfuss in die Zukunft! Keine Konsonantenflut im KEnG! Gebt uns die Vokale zurück! Schluss mit den Spielchen! Der Staat muss dort eingreifen, wo die freiwilligen Massnahmen nicht mehr ausreichen, um die gesteckten Klimaziele zu erreichen. Auch der obligatorische GEAK ist ein probates Mittel dazu. Er hilft zudem auch den Mieterinnen und Mieter abzuschätzen, wie der Zustand ihres Mietobjektes ist. Der Markt dürfte mit der Zeit spielen: Energiearme Wohnungen werden in Zukunft einen Marktvorteil für Hausbesitzerinnen und -besitzer darstellen. Doch auf freiwilliger Basis wird nichts geschehen, da ist uns allen das Hemd näher als der grüne Mantel.

Fazit: Mit dem revidierten KEnG wird ein Gesetz präsentiert, das vernünftige Massnahmen vorschlägt, die zudem finanziell verhältnismässig sind. Damit erzielen wir aus grünliberaler Sicht maximale Ergebnisse. Wenn wir den Volksvorschlag annehmen, bleiben wir auf halbem Weg stehen und erreichen die gesteckten Klimaziele nicht oder nur langsam.

Die Grünliberalen bekämpfen den Volksvorschlag deshalb als gefährliche und kurzsichtige Zwängerei – er gibt ein falsches und rückwärts gerichtetes Signal. Der Volksvorschlag gibt sich grün – doch die Farbe beginnt noch vor der Abstimmung zu blättern. Ich danke Ihnen.

<sup>1</sup> Denk-Schrift Energie: Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW).

<sup>2</sup> <http://proclimweb.scnat.ch/portal/ressources/555.pdf>; Seite 20. Basierend auf Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC (IPCC) 2007.